

# Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



## Ausgabe Januar 2023: Themen im Land Hessen

### **Straßenausbaubeiträge sind sozial ungerecht. Abschaffung würde Hessinnen und Hessen entlasten**

Im Rahmen der Plenardebatte hat sich der Hessische Landtag mit dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen befasst. Dazu sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph:

„Straßenausbaubeiträge sind sozial ungerecht. Eine Abschaffung der Erhebung der Beiträge würde Hessinnen und Hessen entlasten, gerade in der jetzigen Situation, in der die Menschen weitreichende Einschnitte hinnehmen müssen und Herausforderungen zu meistern haben. Wir fordern schon seit Jahren die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die schwarzgrüne Landesregierung unternimmt seit Jahren viel zu wenig, um Straßenausbaubeiträge überflüssig zu machen.

Natürlich muss eine solche Entlastung seriös finanziert und im Landeshaushalt abgebildet werden. Vor diesem Hintergrund haben wir als SPD-Fraktion auch in diesem Haushalt Mittel von 60 Millionen Euro für die landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingestellt. Dies wurde von CDU und Grünen jedoch wiederholt abgelehnt. Die schwarzgrüne Landesregierung kann das Thema aber nicht aussitzen, denn es geht um die Menschen in Hessen und vor allem um soziale Gerechtigkeit. Wir als SPD-Fraktion werden nicht müde, uns der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge anzunehmen und werden dies nach der nächsten Landtagswahl in Regierungsverantwortung umsetzen“, so Rudolph.

### **„Hessen stark und zukunftsfähig machen“ – SPD legt Anträge für den Landeshaushalt vor**

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, und der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Marius Weiß, haben am Dienstag in Wiesbaden die Änderungsanträge der SPD zum Landeshaushalt 2023/24 vorgestellt. Der Haushalt soll in der nächsten Plenarwoche des Hessischen Landtags (24. bis 26. Januar) beraten und beschlossen werden.

Gemeinsam sagten die beiden SPD-Politiker, dass die Anträge als Zeichen für ein starkes und zukunftsgerichtetes Hessen zu verstehen seien: „Mit einem Gesamtvolumen von rund 1,6 Mrd. € schlagen wir Investitionen in Hessens Zukunft für den Doppelhaushalt 2023/24 vor.“

Die SPD-Fraktion möchte in moderne Arbeitsplätze, eine gesunde Wirtschaft und gute Ausbildung investieren. „Mit einem Transformationsfonds wollen wir die Herausforderungen, vor denen der Industrie- und Wirtschaftsstandorts Hessen steht, gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslands nachhaltig stärken“, so Rudolph.

Natürlich bleibe das SPD-Anliegen von kostenfreier Bildung von klein auf und Chancengerechtigkeit für alle Familien auch im haushaltspolitischen Bereich eines der Kernthemen. Günter Rudolph: „Wir wollen in frühkindliche Bildung investieren und Kommunen und Eltern bei den Kosten der Kinderbetreuung entlasten. Um Hessen zukunftsfähig zu machen, müssen wir auch die Schulen zukunftsfähig machen und deren Digitalisierung vorantreiben. Aber auch insgesamt wollen und müssen wir in die Attraktivität des Bildungsbereichs investieren, um beispielsweise dem Lehrkräftemangel endlich entgegenzutreten zu können.“

Als dritten großen Investitionsblock nannte der Fraktionsvorsitzende das Gesundheitssystem. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zielten auf ein gerechtes Gesundheitssystem und die Sicherstellung der lokalen Versorgung ab. „Hessen vernachlässigt weiterhin seine gesetzliche Pflicht zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern. Wir fordern daher eine deutliche Erhöhung der Mittel in 2023 und 2024“, erklärte Rudolph.

Mit dem Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum und der Wohnraumförderung schlägt die SPD-Fraktion Investitionen in bezahlbare Mieten vor. Rudolph sagte dazu: „Wohnen ist die entscheidende soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund einer weiterhin sehr angespannten Lage am hessischen Wohnungsmarkt müssen wir in den Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum investieren. Außerdem setzen wir uns dafür ein die Maßnahmen zur Wohnraumförderung auszubauen. Hier darf Hessen nicht sparen.“

Marius Weiß erklärte: „Insgesamt 139 Haushaltsänderungsanträge hat die SPD-Fraktion eingebracht. Diese Vorschläge sind seriös und ausgewogen finanziert. Wir haben nicht nur die Ausgabenseite betrachtet, sondern sehen auch einige Einsparpotenziale und Möglichkeiten für Kürzungen.“

Rudolph und Weiß betonten gemeinsam: „Unsere Haushaltsvorschläge richten sich an der Frage aus, wie wir Hessen besser und zukunftsfähig machen können.“

## Kein Kind zurücklassen. Kinderarmut in Hessen bekämpfen

Die Bertelsmann-Stiftung hat aktuell eine Untersuchung über die zunehmende Kinderarmut in Hessen veröffentlicht. Zum Inhalt der Studie sagte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadl:

„Die Studie macht einmal mehr deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um der Gefahr steigender Kinderarmut wirksam zu begegnen.“ Dazu habe die SPD im Bund mit ihren Koalitionspartnern bereits ganz konkrete Maßnahmen ergriffen. „Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, Kindersofortzuschlag und Kinderboni erleichtern sozial benachteiligten Familien endlich den Zugang zu einer angemessenen finanziellen Grundausstattung. Mit der geplanten Kindergrundsicherung der Ampelkoalition wird ein großes Reformvorhaben angegangen, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.“

Über die Gesetze auf Bundesebene hinaus sei es aber wichtig, Kindern und Eltern auch in Hessen konkrete Angebote zu machen. „Armut darf sich nicht immer weitervererben. Dafür muss die Landesregierung endlich die Fakten zum Anlass nehmen und mit einem eigenen Aktionsplan Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen“, forderte Lisa Gnadl.

Hessen müsse beispielsweise endlich mehr Mittel bereitstellen, um den sozialen Wohnungsbau auszuweiten und gebührenfreie Bildung in Kitas und Krippen zu ermöglichen. Die Unterstützung des Landes müsse mit der Geburt des Kindes beginnen und bis zum Eintritt in die Berufsausbildung reichen. Neben kostenfreier Kinderbetreuung für alle Altersgruppen müsse in Kitas und Schulen ein kostenloses Mittagessen angeboten und die Ganztagschulen ausgebaut werden. Durch einen Ausbau des Netzes von Familienzentren könne zudem die nachbarschaftliche Unterstützung für Familien verbessert und die Hürden, entsprechende Angebote anzunehmen, gesenkt werden. „Wer will, dass alle Kinder einen guten Start ins Leben haben, dass sie Teilhabe erfahren und sich in dieser Gesellschaft sicher aufgehoben fühlen können, der darf sich nicht länger unter einem Flickenteppich befristeter Projekte verstecken. Der Aufbau von sicherlich sehr sinnvollen kommunalen Präventionsketten muss flächendeckend umgesetzt und finanziert werden“, kritisierte Lisa Gnadl.

## Richtlinienentwurf der Landesregierung ist ohne Änderungen inakzeptabel

Die Kosten für Bauleistungen sind im Jahr 2022 um 13,8 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Weitere Kostentreiber, wie fehlende Kapazitäten für die Entsorgung von Erdaushub werden laut der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) seit Jahren von der Landesregierung ignoriert. Auch die Zahl der erteilten Baugenehmigungen sinkt seit Monaten dramatisch, z.B. im September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 31,6 Prozent.

Elke Barth, wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sagte dazu:

„Bei den Kosten für Bauleistungen haben wir es mit dem stärksten Anstieg seit dem Jahr 1970 zu tun. Nach Ansicht von Branchenkennern ist damit die Spitze des Eisbergs aber noch nicht erreicht und mit einer schnellen Verbesserung nicht zu rechnen.“ Alle Faktoren, die Bauleistungen ausmachen, wie Löhne, Material und Zinsen, seien massiv gestiegen. Bei einigen Gewerken gehe man von Preisanstiegen von über 20 Prozent aus.

Vor den Auswirkungen dieser Entwicklung habe die SPD-Fraktion schon lange gewarnt und bereits Ende 2021 einen Baukostengipfel beantragt, zudem habe sie die Förderrichtlinien des Landes an die gestiegenen Kosten anpassen wollen. „Nichts davon ist passiert, alle Initiativen und Hilferufe der Bauwirtschaft wurden als unnötig empfunden,“ so Barth.

Im Februar soll jetzt die neue Richtlinie zur sozialen Mietwohnraumförderung der Landesregierung in Kraft treten, aber der Entwurf, der der SPD-Fraktion vorliege, enthalte keine ausreichenden Verbesserungen. Elke Barth: „Ohne attraktive Konditionen werden die Mittel nicht abgerufen. Eine deutliche Anhebung der Förderdarlehen pro Quadratmeter sowie der prozentualen Finanzierungszuschüsse ist im Entwurf der Landesregierung nicht enthalten, das hatten wir als SPD-Fraktion explizit gefordert.“ Förderdarlehen würden nur marginal und die Finanzierungszuschüsse überhaupt nicht angehoben. Zudem würden die zulässigen Miethöhen reduziert, die bei Erhalt der Förderung verlangt werden dürften. Dies kassiere den Vorteil der höheren Darlehen gleich wieder ein. „Wenn der Minister hier nicht noch Änderungen einbauen sollte, kann er seine neue Verordnung eigentlich gleich wieder einpacken.“ Auch andere von der SPD-Fraktion kritisierten Punkte, wie zu enge Kriterien bei der Förderung, blieben unverändert. So würden weiter nur 45qm bei einem 1 Personen-Haushalt bezuschusst, während Sozialhilfe- und Grundsicherungsempfänger Wohnungen von 50 qm nutzen dürften. „Die Richtlinien müssen großzügiger gefasst werden, um eine Beantragung zu erleichtern. Die Wohnungswirtschaft hat es derzeit schwer genug im unteren und mittleren Preissegment zu bauen. Die Richtlinie, in dem von der Landesregierung versandten Entwurf, grenzt daher eher an unterlassene Hilfeleistung“, so Barth.

### Weitere Themen als Link:

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2023/01/26/machen-statt-fordern-wo-bleibt-der-hessische-krankenhausgipfel/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2023/01/16/hessenpass-mobil-ist-vor-allem-eins-ein-durchsichtiges-wahlkampfmanoever/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2023/01/26/rechtsstaat-muss-uebergrieffe-auf-helfer-und-amtstraegerinnen-vollumfaenglich-verfolgen/>